

Avanti

2

Theoriebeilage

Kanonen statt
Butter?

ISO Rhein-Neckar

RAN AN DIE PROFITE!



Butter statt Kanonen!

INHALT

TITEL

01 RAN AN DIE PROFITE
Anpassung oder Widerstand?

EDITORIAL / INHALT / JUGENDCAMP

02 IV. INTERNATIONALE
Internationales Jugendcamp

SEITE DREI

03 RAN AN DIE PROFITE
Anpassung oder Widerstand?

OSTERMARSCH

04 ANTIMILITARISMUS JETZT
Aktiver werden

NEIN ZUR GROKO

05 GEGEN MERZ UND KAPITAL
Wann, wenn nicht jetzt?

ARBEITSWELT

06 TARIFABSCHLUSS ÖD
Fragwürdiges Ergebnis

07 BETRIEBSVERSAMMLUNG (II)
Am Beispiel Alstom?

EDITORIAL

Liebe Leserinnen und Leser,

das Programm der neuen Bundesregierung ist von dem Motto „Nach oben buckeln, nach unten treten“ geprägt.

Ein gefährlicher Effekt der politischen Manöver nach der Bundestagswahl ist schon jetzt erkennbar – die weitere Stärkung der AfD. Sie liegt mit 26 % bereits vor der Union.

Führende CDU-Leute propagieren eine „Normalisierung“ des Umgangs mit der faschistischen AfD. Einer künftigen Koalition aus Union und AfD wird so weiter der Weg geebnet – allem Gerede von einer parlamentarischen „Brandmauer“ gegen ganz Rechts zum Trotz.

Schwerpunkt dieser *Avanti*² ist die Auseinandersetzung mit der Radikalisierung der „Zeitenwende“ und ihrer Bekämpfung.

In der Beilage veröffentlichen wir eine sehr fundierte Analyse der beschleunigten Militarisierung der BRD und ihrer Folgen.

Wir freuen uns sehr, wenn die Mai-Ausgabe von *Avanti*² auf Euer Interesse stößt.

Eure Redaktion

*Titelbild: GE-Demo in Bexbach, 12. Dezember 2016.
Foto: Helmut Roos. Bildbearbeitung: Avanti².*

INHALT

ANTIFASCHISMUS

08 BEFREIUNG KZ BUCHENWALD
Ein Aufruf zur Revolution

ISO / IV. INTERNATIONALE

09 LOHNFORTZAHLUNG
Wo bleiben die Gewerkschaften?

09 NACHRUF ROLF
Ein Genosse fehlt uns

10 AUFRÜSTUNG STOPPEN
Welche Alternativen?

10 ÖKOSOZIALISMUS
Konferenz in Köln

11 FRÜHJAHRSSEMINAR
Rechtsruck bekämpfen?

RÜCKBLLENDE / TERMINE

12 500 JAHRE BAUERNKRIEG (IV)
Luther oder Müntzer

12 TERMINE

THEORIEBEILAGE

01 GRUNDGESETZÄNDERUNG
Kanonen statt Butter?

Komm zum Jugend-Sommercamp der IV. Internationale! Vom 19. - 26. Juli 2025 in Virton / Belgien

Ausartende Klimakrise, immer frechere Superreiche, sinkende Reallöhne und globaler Rechtsruck. Der Alltag von Jugendlichen, Migrant:innen, FLINTA, Arbeiter:innen und LGBTQI+* verschärft sich immer weiter.



Zeit für radikale Antworten! Kapitalismus ist nicht alternativlos. Wir leben es vor.

Auf dem Sommercamp der IV. Internationalen kommen junge Revolutionär:innen aus ganz Europa zusammen, diskutieren und feiern gemeinsam.

Es wird Thementage geben zu: Antikapitalismus, feministische Bewegung, Antifaschismus, Ökosozialismus, Kampf für die Rechte von LGBTQI+*.

An-/Abreise: kostengünstig und gemeinsam.

Möchtest Du teilnehmen oder hast noch Fragen?

Mail an: sommerncamp@intersoz.org
oder schreib uns über Insta: [intersoz_org](https://www.instagram.com/intersoz_org)

Weitere Infos

www.intersoz.org/sommerncamp
unser Telegram-Kanal:
t.me/InterSozOrgInfo
Signalgruppe speziell für das Sommercamp 2025 (siehe QR-Code oben). ■

Ran an die Profite!

Gemeinsam für unsere Rechte streiten!

Butter statt Kanonen!

O. G.

Die Schere zwischen arm und reich geht immer weiter auseinander. Die neue Regierung Merz-Klingbeil wird diese Ungleichheit noch weiter verschärfen. Wo bleibt da der gewerkschaftliche Protest?

Ein wirklicher Ausgleich der anhaltenden Preissteigerungen der letzten Jahre konnte für die große Mehrheit der Beschäftigten in den Tarifabschlüssen nicht erreicht werden. Noch viel schlechter sieht es für die mehr als 50 Prozent der nicht tarifgebundenen Beschäftigten aus.

Mehr Geld für uns!

Deshalb sind insbesondere in den unteren und mittleren Einkommensgruppen Festgeldforderungen zentral. In Zukunft brauchen wir Tarifverträge, die einen automatischen Inflationsausgleich wie in Belgien und Luxemburg enthalten.

Angesichts des asozialen Koalitionsvertrages müssen die Gewerkschaften Druck machen für Ausgleichszahlungen an alle, die unter Armut leiden. Das bedeutet unter anderem: Spürbare Erhöhung des Mindestlohns, des Bürgergeldes, der Renten, Preisbremsen bei Mieten und Energieversorgung, Auszahlung eines Klimageldes und Abschaffung der Zuzahlungen im Gesundheitswesen.

Verkürzung der Arbeitszeit!

Vollzeitbeschäftigte wünschen sich mehrheitlich eine Verkürzung der Arbeitszeit. Das Ignorieren dieses Bedürfnisses durch die Spitzen der DGB-Gewerkschaften ist umso verhängnisvoller, als hunderttausende Arbeits- und Ausbildungsplätze durch das Profitssystem bedroht sind.

Zudem nehmen Stress am Arbeitsplatz und dadurch bedingte psychische Erkrankungen immer mehr zu. Die Personaldecken sind in zahlreichen Bereichen schon viel zu dünn.

Deshalb brauchen wir kürzere Arbeitszeiten für alle – sofort und in einem großen Schritt mit vollem Lohn- und Personalausgleich. Und wir brauchen ein Verbot von Entlassungen.

Kriege und Aufrüstung bekämpfen – überall!

Der Krieg ist in all seiner Grausamkeit nach 30 Jahren auch wieder nach Europa zurückgekehrt. Die Gefahr des „großen Krieges“ um die Neuordnung der Welt wächst weiter.

Gewinner sind die Rüstungskonzerne. Militärische „Siege“ führen immer häufiger zur Vernichtung der Lebensgrundlagen der Zivilbevölkerung. Das sehen wir in der Ukraine, in Palästina und anderswo. Die russische Armee hat nichts in der Ukraine zu suchen. Genauso wenig wie die israelische Armee in Gaza oder anderen Teilen Palästinas.

Am 1. Mai 2025 müssen die Hauptparolen der internationalen Gewerkschaftsbewegung sein: Die Waffen nieder! Arbeiter schießen nicht auf Arbeiter! Blockaden und Streiks gegen Waffenlieferungen! Kampf gegen Militarismus und Aufrüstung!

Gemeinsam gegen Rassismus und Faschismus!

Millionen werden durch Kriege in die Flucht getrieben. Sie haben ein Recht, aufgenommen und menschlich behandelt zu werden. Unsere Antwort ist nicht Rassismus, sondern Solidarität.

Überall in der Welt gewinnen rassistische, nationalistische, libertäre und faschistische Parteien an Zulauf. Sie sind die größte Bedrohung für die Lohnabhängigen und ihre Gewerkschaften. Nur eine streikfähige gewerkschaftliche Gegenmacht ist in der Lage, die autoritären und faschistischen Gefahren zu bekämpfen.

Stopp der Klimazerstörung!

Die grenzenlose Profitgier führt zur immer bedrohlicheren Zerstörung des Klimas, der Umwelt und damit unserer Lebensgrundlagen.

In dieser Situation haben die Gewerkschaften die Aufgabe, für eine demokratische und ökologische Umstellung der globalen Produktion zu kämpfen, in der Mensch und Natur im Mittelpunkt stehen und nicht Wachstum und Profite.

Kämpfen statt kungeln!

Alle diese Gefährdungen unserer Existenz können durch „Co-Management“ und „Sozialpartnerschaft“ nicht abgewehrt werden.

Die Verteidigung unserer Grundrechte und unserer gewerkschaftlichen Handlungsfähigkeit ist ohne einen Bruch mit der Logik des Kapitalismus nicht möglich.

Gegen den Klassenkampf von oben hilft nur die solidarische Gegenwehr von unten.

Unser Leben ist mehr wert als ihre Profite! ■



DGB-Kundgebung am 1. Mai 2022 in Mannheim.

Foto: Helmut Roos.

Ostermarsch 2025 in Mannheim

O. T.

„Für Abrüstung statt Aufrüstung – Friedensfähig statt Kriegstüchtig. Keine Stationierung von Mittelstreckenwaffen in Deutschland.“ Unter diesem Motto fand am 19. April 2025 der diesjährige Ostermarsch in Mannheim statt. Rund 600 Menschen, deutlich mehr als im Vorjahr, beteiligten sich an dem Protest gegen Aufrüstung, Kriege und Kriegstreiber.

Aufgerufen hatte ein Bündnis aus 14 Initiativen und Organisationen (Friedensbündnis Mannheim, Förderverein für Frieden, Abrüstung und internationale Zusammenarbeit, ISO Rhein-Neckar, DFG-VK, IG BCE Ortsgruppe Weinheim, VVN-BdA, Netzwerk Friedenssteuer, NatWiss – Verantwortung für Frieden und Zukunftsfähigkeit, Naturfreunde Mannheim, DIDE, attac – Regionalgruppen MA und LU, ippnw, Nahost-Gruppe Mannheim und Mannheimer Bündnis für gerechten Welthandel).

Nein zum Militarismus

Für das Bündnis sprach bei der Auftaktkundgebung auf den Kapuziner-Planken Nalan Erol (DIDE). Hedwig Sauer-Gürth moderierte die Veranstaltung.

Nalan Erol ging in ihren Ausführungen insbesondere auf die aktuelle Kriegssituation in der Ukraine und im Gazastreifen ein. Sie thematisierte aber auch die mit der deutschen Unterstützung dieser Kriege verbundenen negativen Folgen für die gesamte Gesellschaft.

Hundert Milliarden Euro für Krieg und Aufrüstung, so Erol, das ist die Realität der deutschen Haushaltsplanung für neue Kampfjets, Drohnen, Kriegsschiffe, Raketenabwehrsysteme, alles auf Kosten der Allgemeinheit. Während Konzerne wie Rheinmetall und Airbus Defence sich die Taschen vollstopfen, wird uns seit Jahren gesagt, es sei kein Geld da.

Erol kritisierte scharf, dass Sozialleistungen gestrichen, Krankenhäuser geschlossen und die öffentlichen Nahverkehre kaputtgespart werden. Für Panzer und Marschflugkörper ist Geld da, aber nicht für Pflegekräfte, nicht für Erzieherinnen und nicht für bezahlbaren Wohnraum.

Die anschließende lautstarke Demo führte von den Kapuziner-Planken durch die Mannheimer Innenstadt über den Paradeplatz bis zum Alten Meßplatz.

Nein zum neuen Wettrüsten

Bei der dortigen Abschlusskundgebung konzentrierte sich Regina Hagen in ihrer Rede auf die Problematik der Stationierung von Mittelstreckenraketen in Deutschland.

Mit den zur Stationierung in Deutschland vorgesehenen Mittelstreckenwaffen der USA, so Hagen, können mit einem Überraschungsschlag „Hochwertziele“ auf russischem Territorium ausgeschaltet werden, zum Beispiel Abschussrampen für Atomraketen oder mobile Kommandozentralen.

Hagen zufolge liegt es auf der Hand, dass Russland die Stationierung dieser Systeme in Deutschland als Bedrohung einstufen wird. Damit erhöht sich die Wahrscheinlichkeit, dass es zu Fehlannahmen, Missverständnissen, Computerfehlern und falschen Alarmmeldungen kommt. In der Folge könnte Russland einen Gegenangriff starten, obgleich es gar nicht angegriffen wird.

Nein zum Kriegsschauplatz Deutschland

Durch eine solche Eskalation kann die Situation sehr leicht außer Kontrolle geraten, denn der „Westen“, die NATO, wird dann ebenfalls Waffen abschießen. Selbst ein Einsatz von Atomwaffen ist dann sehr wahrscheinlich.

Es ist offenkundig, dass sich Deutschland dann im Zentrum des Geschehens befindet, denn hier sind die US-Waffen ja stationiert.

Eine zusätzliche Bedrohung stellt für Hagen die aktuelle Entwicklung von landgestützten Mittelstreckenwaffen in Europa dar. Die deutsche Regierung will mit sechs Partnerländern eigene Marschflugkörper mittlerer Reichweite entwickeln, bauen und stationieren. Dies alles erhöht die Gefahr der Eskalation und bedroht so unsere Sicherheit. Jegliche Stationierung von Mittelstreckenraketen muss deshalb abgelehnt werden.

Zum Abschluss ihrer Rede forderte Regina Hagen unter starkem Beifall: Dialog statt Aufrüstung sowie Verhandlungen über einen neuen Mittelstreckenvertrag!

Entmilitarisierung von Coleman!

Eine weitere Aktion des Ostermarschbündnisses fand am Ostermontag mit einer Aktion vor den im Mannheimer Norden gelegenen Coleman-Barracks statt.

Auf dieser Kundgebung forderten die rund 70 Teilnehmer:innen den Abzug der US-Streitkräfte und die Freigabe der Coleman-Barracks als Konversionsgelände. 2015 legte die US-Militärführung entsprechende Pläne auf Eis.

Diese riesige Drehscheibe für Waffen- und Munitionslieferungen der US-Army ist im Kriegsfall ein bevorzugtes Angriffsziel. Die Entmilitarisierung des Areals würde schnell und wirksam eine große potenzielle Gefährdung unserer Stadt und unserer Region verringern.



Auftakt zum Ostermarsch in Mannheim, 19. April 2025.

Foto: Avanti?.

Die Regierung Merz-Klingbeil – Trumpismus light „Verantwortung“ für Profite und Aufrüstung

H. N.

Die neueste Variante der GroKo mit Merz als Kanzler und Klingbeil als Vize will laut Koalitionsvertrag „Verantwortung für Deutschland“ übernehmen. Vom politischen Neusprech ins Deutsche übersetzt heißt das: Die Höhe der Profite ist unantastbar.

Nach den Wahlen haben Union und SPD mit Unterstützung der Grünen noch im alten Bundestag Grundgesetzänderungen zur „Schuldenbremse“ durchgepeitscht. Damit hat sich eine noch nicht amtierende Bundesregierung enorme finanzielle Spielräume für die Aufrüstung und für die Unterstützung von Kapitalinteressen geschaffen.

Geschenke für das Kapital

Die Aussetzung der „Schuldenbremse“ für Rüstungsausgaben und das nebulöse 500 Milliarden Euro schwere Paket für Investitionen werden zweifelsohne sehr viel Geld in die Kassen meist großer Unternehmen spülen. Kriegswaffen sind nicht nur tödlich und umweltzerstörend, sondern sie sind totes Kapital ohne gesellschaftlichen und volkswirtschaftlichen Nutzen.

Zwar gehen Merz & Co. bei „Bürokratieabbau“ und Rassismus noch nicht so weit wie Trump, aber sie wollen acht Prozent der Behördenstellen streichen und Geflüchtete „remigrieren“.

Firmen sollen noch weniger Einkommens-, Körperschafts- und Stromsteuer zahlen und zudem von massiv auf 30 % pro Jahr erhöhten Abschreibungen profitieren. Laut ersten Berechnungen drohen dem Staat dadurch jährliche Einnahmeausfälle von mindestens 30 Milliarden Euro.

Von einer Reaktivierung der im Grundgesetz festgelegten Vermögenssteuer für Reiche ist natürlich im Koalitionsvertrag keine Rede.

Angriffe auf soziale Rechte

Die neue Koalition bereitet weitere Angriffe auf die sozialen und demokratischen Rechte der arbeitenden Klasse vor.

Die Rente soll zwar vorerst auf dem bisherigen, zu niedrigen Niveau „stabilisiert“ werden, aber die enormen Finanzierungsbedarfe der Kranken- und Pflegeversicherung sind nicht gedeckt. Deshalb drohen spürbare Leistungskürzungen und höhere Beiträge. Pflegebedürftige Menschen sollen zukünftig noch mehr aus der eigenen Tasche zahlen.

Zudem will die neue Regierung das „Bürgergeld“ abschaffen und das Anrecht auf die soziale Grundsicherung weiter einschränken. Mit „Vermittlungsvorrang“ und noch härteren Sanktionen will sie Erwerbslose zur Annahme jedes noch so mies bezahlten Jobs zwingen. Dadurch steigt der Lohndruck auf Beschäftigte und verringert deren Verhandlungsspielraum.

Politik gegen die Arbeitenden

Die Regierung Merz-Klingbeil kündigt eine Politik gegen die Arbeitenden an. Sie will die historische Errungenschaft des Achtstundentags abschaffen. Statt der täglichen soll zukünftig eine wöchentliche Höchstarbeit gelten. Das geplante neue Arbeits-

zeitgesetz öffnet Missbrauch Tür und Tor. Die Steuerbefreiung von Mehrarbeit höhlt den Gesundheitsschutz für Arbeitende weiter aus.

Zwar sprechen die Koalitionspartner von einem – schon heute viel zu geringen – Mindestlohn von 15 Euro ab 2026. Über diese Lohnuntergrenze soll aber die Mindestlohnkommission entscheiden, wo die Kapitaleseite blockieren kann.

Die Verabschiedung eines „Bundestariftreugesetzes“ soll garantieren, dass nur Unternehmen mit Tarifvertrag öffentliche Aufträge erhalten. Die schon jetzt viel zu geringe Tarifbindung wird dadurch nicht spürbar erhöht. Komplette fehlen natürlich die Einführung allgemeinverbindlicher Tarifverträge, eine Ausweitung des Streikrechts und eine Stärkung der Rechte von Beschäftigten und ihrer Interessenvertretungen.

Anpassung oder Widerstand?

Im Regierungsprogramm gibt es keine Vorhaben für eine reale Verbesserung der Lage der arbeitenden Klasse und insbesondere des längst ausgegrenzten unteren Viertels der Bevölkerung.

Kein Gedanke wird in dem Koalitionsvertrag für den Kampf gegen die sich immer weiter ausbreitende Armut „verschwendet“. Stattdessen unterstützt die GroKo weiter die ungehemmte Bereicherung der Reichen und Superreichen.

Die Gewerkschaftsspitzen üben nur zaghafte Kritik an einzelnen Regierungsvorhaben. Im Grundsatz sind insbesondere die Vorstände der Industriegewerkschaften offenbar froh über die geplante weitere wirtschaftliche und militärische Stärkung des deutschen Kapitalismus.

Protest und Widerstand gegen diese bedrohliche Entwicklung, die die faschistische AfD noch weiter stärkt, muss von unten entwickelt werden. ■



Demo gegen Rechts in Mannheim, 22. Februar 2025.

Foto: Helmut Roos.

Schlichtungsergebnis Tarifrunde Öffentlicher Dienst Mitglieder rebellieren gegen Annahme

HELMUT BORN

Der ver.di-Bundesvorstand ruft zur Annahme der Schlichtungsempfehlung im Öffentlichen Dienst auf. Die Gewerkschaftsspitze spricht von einem „schwierigen Kompromiss“. Doch das trifft nicht den Kern.

Der Abschluss ist ein weiterer Schritt des Zurückweichens der Gewerkschaftsführungen vor der neoliberalen Politik der noch immer bestehenden „Schuldenbremse“.

Dies ist umso fataler, als es angesichts der Bildung einer Regierung geschieht, die Angriffe auf breiter Front gegen soziale Grund- und Menschenrechte vorbereitet.

Die Tarifabschlüsse in der Metall- und Elektroindustrie, bei Volkswagen und bei der Post waren ein deutlicher Beleg dafür, dass die Gewerkschaftsapparate bereit sind, weitgehende Zugeständnisse zur „Sicherung des Wirtschaftsstandorts Deutschland“ und der Profitinteressen der Konzerne zu machen.

Was wurde beschlossen?

Die wichtigsten Punkte der Schlichtungsempfehlung sind:

- Ab April 2025 soll es eine Erhöhung der Tabellenentgelte um 3 %, mindestens aber 110 Euro, geben.
- Ab Mai 2026 soll eine Erhöhung der Tabellenentgelte um 2,8 % folgen.
- Die Laufzeit des Tarifvertrags soll 27 Monate betragen.
- Es soll eine Besserstellung höherer Ent-

geltgruppen durch Anhebung der Jahressonderzahlung auf bis zu 100 % geben.

- Die Laufzeit der im Vergleich zum Westen schlechteren Arbeitszeitregelungen Ost soll bis Ende 2027 verlängert werden.
- Die Arbeitszeit kann individuell auf 42 Stunden erhöht werden.

Was bedeutet das konkret?

- Es wird erneut ein Reallohnverlust trotz Erhöhung festgeschrieben, denn die Verluste der letzten Jahre werden nicht ausgeglichen.
- Die Sonderzahlung nutzt vor allem den oberen Lohngruppen, also gerade jenen, die es weniger brauchen.
- Die Laufzeit von 27 Monaten ist noch einmal länger als in den letzten Jahren üblich – mit allen negativen politischen und gewerkschaftlichen Folgen.
- Auch ver.di schließt sich damit der „Burgfriedenspolitik“ der Industriegewerkschaften und des DGB an.

Zur Erinnerung: Die ursprüngliche Forderung lautete 8 % Erhöhung, mindestens 330 € bei 12 Monaten Laufzeit.

Anpassung statt Protest?

Das Schlichtungsergebnis fällt in eine Pha-

se, in der sich sozialer Protest neu aufstellen müsste. Die sozialen Bewegungen werden sich jedoch auch weiterhin nicht auf die Gewerkschaftsspitzen verlassen können. Diese sind auf einem verstärkten Kurs der Anpassung, so lange die SPD an der Regierung beteiligt ist. Auch in einer Bundesregierung Merz-Klingbeil wird das nicht anders sein.

Anstatt den zahlreichen Protesten der Jugend, der Frauen und vieler gewerkschaftlich aktiven Kolleg:innen eine gemeinsame Plattform zu bieten, haben sich die Gewerkschaftsführungen entschieden, gemeinsam mit Kapital und Regierung die Kosten der Krisen der arbeitenden Klasse aufzubürden.

Diese Haltung enttäuscht viele Kolleg:innen und stärkt die fortgesetzte Rechtsentwicklung, anstatt ihr eine Alternative entgegenzusetzen.

Zudem erfüllt das Schlichtungsverfahren genau den Zweck, den es schon seit jeher hat: nämlich die Streikbereitschaft zu brechen und die gewerkschaftliche Basis ruhig zu stellen.

Nein zur Schlichtungsempfehlung!

Jetzt muss für ein breites Nein bei der Mitgliederbefragung geworben werden, so wie es die Mitglieder von ver.di in Dortmund und in vielen anderen Städten beschlossen haben.

Das fortgesetzte Einknicken vor den neoliberalen Vorgaben muss beendet und dem Klassenkampf von oben eine kämpferische Alternative entgegengesetzt werden.

Wir fordern, die Schlichtungsvereinbarungen zu kündigen und nach gescheiterten Verhandlungen in die Urabstimmung zu gehen.

Die Konsequenz muss sein: Es braucht eine breite Debatte über die Strukturen gewerkschaftlicher Organisation, über die Rolle der Schlichtung – und vor allem über die Frage, wie wir die Streikfähigkeit von unten neu aufbauen können. ■



Warnstreik von ver.di in Mannheim, 12. März 2025.

Foto: Helmut Roos.

Betriebsversammlung als Mittel des Widerstands?

Das Beispiel Alstom Power Mannheim (Teil II)

F. B.

Vor 20 Jahren, Ende April 2005, organisierte der Betriebsrat (BR) von Alstom Power Mannheim die fünftägige Fortsetzung einer zuvor unterbrochenen Betriebsversammlung. Sie richtete sich gegen die existenzbedrohenden Abbaupläne der Konzernleitung.



Mit einer einstweiligen Verfügung versuchte das Management, die vom BR geplante weitere Fortsetzung der Betriebsversammlung gerichtlich zu untersagen.

Da der Betriebsrat vorsorglich eine „Schutzschrift“ beim Arbeitsgericht eingereicht hatte, musste das Gericht die Parteien anhören. In einem Vergleich einigten sich beide Seiten darauf, dass die für den 30. Mai angekündigte Betriebsversammlung als „weitere“ Versammlung gemäß Betriebsverfassungsgesetz zu werten sei.

Im Anschluss an diese Betriebsversammlung fand eine erneute Demo zum Mannheimer Marktplatz statt. Unter den rund 2.000 Teilnehmenden waren viele Beschäftigte aus anderen Alstom-Werken und aus Betrieben der Rhein-Neckar-Region.

Aktiv trotz Einschüchterungsversuchen

Am 23. Juni nutzten zum wiederholten Male hunderte Kolleg:innen ihr Informationsrecht. Anlass war der Versuch des Vorstands, einseitig Anweisungen zum Verhalten und zur Ordnung im Betrieb festzulegen. Zwar war das Management nicht bereit, der auf dem Hof versammelten Belegschaft Rede und Antwort zu stehen. Aber bereits am nächsten Tag waren die neuen Verhaltensregeln vom Tisch.

Auch am 29. Juni versuchte die Geschäftsleitung, Beschäftigte massiv zu verängstigen und ihnen ihr Grundrecht auf Demonstration mit der Androhung arbeitsrechtlicher Konsequenzen zu verwehren.

Grund dafür war der Aufruf des Betriebsrats zu einem weiteren Protestmarsch in die Mannheimer Innenstadt. 600 Kolleginnen und Kollegen nahmen daran teil. Ziel dieser Demo war das örtliche Arbeitsgericht, wo am selben Tag der Güetermin zu dem Beschlussverfahren gegen den Betriebsrat stattfand.

Die Rechtsvertreter von Alstom Power machten dort deutlich, dass sie eine grundsätzliche Entscheidung zur Rechtmäßigkeit der mehrtägigen Betriebsversammlung und zum Agieren des BR herbeiführen wollten.

Amtsenthbungsverfahren gegen BR

Nachdem die Geschäftsleitung bereits vorher wochenlang versucht hatte, einzelne Betriebsratsmitglieder mundtot zu machen, strebte sie nun also ein Amtsenthbungsverfahren gegen den BR als Gremium an. Sie behauptete, dass der Betriebsrat einen „wilden Streik“ organisiert hätte.

„Hier geht es nicht um formale Feststellungsklagen“, kommentierte daraufhin der BR in einem Info, „hier geht es offenbar darum, den Widerstand gegen die Unterdrückung der Arbeitnehmerrechte zu brechen. Man glaubt, wenn dieser Betriebsrat beseitigt werden kann, könnten alle Maßnahmen zur Unterdrückung der Arbeitnehmerrechte in diesem Betrieb einfacher durchgesetzt werden.“

Eine weitere Zuspitzung des Konflikts fand im Vorfeld des vom BR organisierten Soli-Fests am 22. Juli statt. Mit der Begründung, in der gegenwärtigen Situation gebe es nichts zu feiern, versuchte der Vorstand, die Veranstaltung zu verhindern.

Trotz erneuter Drohungen und Einschüchterungsmaßnahmen ließen sich rund 700 Beschäftigte nicht davon abhalten, gemeinsam mit Delegationen aus anderen Betrieben und Bereichen den Zusammenhalt der Belegschaft von Alstom Power zu bekräftigen.

Erfolge des Widerstands

Im Werk und in der Öffentlichkeit geriet die Konzernleitung immer weiter in die Defensive. Zudem scheiterte sie auch mit ihren juristischen Attacken gegen den BR, „der in der Belegschaft absolutes Vertrauen und in der Öffentlichkeit ein riesengroßes Ansehen“ genoss (*Express*, 09/2005).

Durch die insgesamt siebentägige Betriebsversammlung erhielt der langanhaltende Widerstand gegen die Werksschließung in Mannheim entscheidende Impulse.

Zwar konnte das Ende der Generatorfertigung 2007 nicht verhindert werden, aber dafür wurde der Ausschluss betriebsbedingter Kündigungen und die Sicherung des Standortes zunächst bis 2010 erkämpft.

* [Teil I des Artikels ist *Avanti*?, Nr. 128 von April 2025, veröffentlicht und im Netz abrufbar - www.iso-4-rhein-neckar.de/BV_1.]



Alstom-Demo in Mannheim, 25. April 2005.

Foto: Helmut Roos.

Ein revolutionärer Aufruf aus dem befreiten KZ Buchenwald

W. A.

Buchenwald war von Juli 1937 bis April 1945 eines der größten KZ auf deutschem Boden.

Damals waren dort rund 277.800 Menschen aus 50 Ländern dem SS-Terror ausgesetzt. Etwa 56.000 von ihnen kamen ums Leben bzw. wurden ermordet.

Auch Mitglieder und enge Kontakte der IV. Internationale waren im KZ Buchenwald wegen ihres antifaschistischen Widerstands inhaftiert.

Die aus Nazi-Deutschland und dem später daran angeschlossenen Österreich stammenden Genossen bildeten eine geheime deutschsprachige Zelle, um ihren Zusammenhalt zu stärken und ihr Überleben zu ermöglichen.

Ein von Ernst Federn unter dem Pseudonym Pensé am 19. Juni 1945 verfasster Bericht an das Internationale Sekretariat der IV. Internationale nennt ihre Namen.

„Folgende Genossen“, schreibt Federn, „haben sich vom Jahre 1938 bis 1945 als Anhänger der Vierten Internationale bekannt:“ Werner Scholem (auf Betreiben von Stalinisten 1940 durch die SS ermordet), Fritz Reuter (1941 im KZ Dachau zu Tode gekommen), Walter Witwer (1944 bei einem Bombardement des Lagers getötet), Karl Plättner (nach der Befreiung 1945 aus dem KZ Ebensee an den Folgen der Haft gestorben), Walter Herz (1942 in der Tötungsanstalt Hartheim ermordet) und ein Genosse Walter, dessen Nachnamen nicht bekannt ist.

„Aus Österreich“, so Pensé, „waren im Lager seit 1938 Genosse Gustav Gronich, der 1939 entlassen wurde, Gen. Ernst Federn, der am 11. April 1945 befreit wurde, Gen. Eduard Kalischer, der im Lager Auschwitz im Winter 1943 von einem besoffenen Kapo er-

schlagen wurde. Aus Polen Gen. Leib Ehrlich, der auf Transport ging und über dessen Schicksal ich nichts mehr erfahren konnte. 1944 kam [...] Gen. Karl Fischer aus Wien, der am 11. April ebenfalls befreit wurde.“

Federns Fazit lautet: „Unsere Genossen hielten immer engsten Kontakt und waren bemüht, soweit es möglich war, die politischen Verhältnisse zu verfolgen und theoretisch zu analysieren. Sie haben außerdem sich redlich bemüht, die politischen Gefangenen anderer Richtungen zu informieren und aufzuklären. Die deutschen Genossen standen selbstverständlich mit unseren französischen Freunden in engstem [...] Kontakt, ebenso mit den belgischen Genossen.“

Federns Bericht benennt auch die bis heute oft tabuisierte kriminelle Rolle von stalinistischen Häftlingen: „Die jüngere Fraktion hat uns mit geringen Ausnahmen verfolgt und geschadet, wo sie konnte. [...] Die herrschende KP-Clique setzte es durch, daß Scholem ermordet wurde, daß Plättner, Melcher und Woichen auf Transport nach Auschwitz gingen, und denunzierte Gen. Federn [...].“ Nur dank der Hilfe ausländischer Kommunisten und seiner eigenen Genossen konnte er dem Tod entrinnen.

Kurz vor der Befreiung des KZ am 11. April 1945 vereitelten die Mitglieder der IV. Internationale eine von der SS angeordnete Versammlung „der Juden“, die mit Sicherheit tödliche Folgen für die Betroffenen gehabt hätte.

Wenige Tage nach ihrer Befreiung meldeten sich die Genossen der IV. Internationale mit einer Erklärung zu Wort. ■

Erklärung der internationalistischen Kommunisten Buchenwalds*

„[...] Die Bourgeoisie und das entwurzelte Kleinbürgertum haben den Faschismus an die Macht gebracht. Der Faschismus ist das Geschöpf des Kapitalismus. Nur die erfolgreiche unabhängige Aktion der Arbeiterklasse gegen den Kapitalismus ist imstande, das Übel des Faschismus samt seiner Wurzel auszureißen. In diesem Kampf wird sich das zögernde Kleinbürgertum dem revolutionär vorstürmenden Proletariat anschließen, wie es uns die Geschichte der großen Revolutionen lehrt.

Um aus den kommenden Klassenkämpfen siegreich hervorzugehen, muß die deutsche Arbeiterklasse die Verwirklichung folgender Forderungen erkämpfen:

- Organisations-, Versammlungs- und Pressefreiheit!
- Koalitionsfreiheit und sofortige Wiederherstellung aller sozialen Errungenschaften von vor 1933!
- Restlose Beseitigung aller faschistischen Organisationen!
- Beschlagnahme ihres Vermögens zugunsten der Opfer des Faschismus!
- Aburteilung aller Träger des faschistischen Staates durch frei gewählte Volksgerichte!
- Auflösung der Wehrmacht und ihre Ersetzung durch Arbeitermilizen!
- Sofortige freie Wahl von Arbeiter- und Bauernräten in ganz Deutschland und Einberufung eines allgemeinen Rätekongresses!

- Trotz Ausnützung aller parlamentarischen Institutionen der Bourgeoisie für die revolutionäre Propaganda, Beibehaltung und Erweiterung der Räte!
- Enteignung der Banken, der Schwerindustrie und des Großgrundbesitzes!
- Kontrolle der Produktion durch die Gewerkschaften und die Arbeiterräte!
- Keinen Mann, keinen Pfennig für die Kriegs- und Reparationsschulden der Bourgeoisie!
- Die Bourgeoisie muß zahlen!
- Für die gesamtdeutsche sozialistische Revolution, gegen eine Zerstückelung Deutschlands!
- Revolutionäre Verbrüderung mit den Proletariern der Besatzungsarmeen!
- Für ein Räte-Deutschland in einem Räte-Europa!
- Für die proletarische Weltrevolution!

20. April 1945, *Die internationalistischen Kommunisten Buchenwalds (IV. Internationale)*“

* [Eine Redaktionsgruppe, der Marcel Baufrère, Ernst Federn, Karl Fischer und Florent Galloy angehörten, verfasste diese Erklärung. Ihr Text wurde am 20. April 1945 von den in Buchenwald befreiten Genossen und Sympathisanten der IV. Internationale angenommen und danach im Lager verteilt. Aus Platzgründen können wir hier nur einen Auszug wiedergeben.] ■

Der Kampf um die Lohnfortzahlung

ISO-Infoabend im April

R. G.

Thema unseres April-Infoabends war die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall. Diese wird von Managern und neoliberalen Scharfmachern erneut in Frage gestellt. Kein April-Scherz, sondern knallharte Politik im Interesse der Profite auf Kosten der arbeitenden Klasse..

1 996 kürzte die Kohl-Regierung die Lohnfortzahlung auf 80 Prozent. Damals kam es zu gewerkschaftlichen Protesten und Kurzstreiks vor allem im Bereich der IGM. Diese verhinderten die Aushebelung der tariflich garantierten Lohnfortzahlung. Erst 1999 wurde die 100-Prozent-Regelung von der Regierung Schröder wieder in Kraft gesetzt.

Dass Arbeiter:innen – wie Angestellte – ab dem ersten Krankheitstag Lohnfortzahlung erhalten, war nicht selbstverständlich und kein Geschenk der Bosse. Dafür musste 1956/57 ein 114-tägiger, harter und entbehrungsreicher Streik geführt werden. An ihm waren rund 34.000 Metallarbeiter des IGM-Bezirks Küste beteiligt. Das Streikergebnis öffnete die Tür zur gesetzlichen Regelung, die 1969 erfolgte.

Rahmenbedingungen

Es gab wichtige Faktoren, die diesen Streik letztendlich zum Erfolg führten:

- Die schlechten Arbeitsbedingungen auf den Werften, die immer wieder zu schweren und tödlichen Unfällen führten.

- Die niedrigen Löhne, die Arbeiter zwingen, auch krank zur Arbeit zu gehen.
- Kommunistische Betriebsräte auf den Werften, die den Nazi-Terror überlebt hatten und wichtige Träger der gewerkschaftlichen Kampfkraft waren.
- Der starke Zusammenhalt der Streikenden. Wer in Not geriet, erhielt Hilfe und Unterstützung von Nachbarn oder Kollegen.
- Die große gewerkschaftliche Solidarität. So spendeten Mannheimer IG-Metall-Mitglieder Weihnachtspakete für die Streikenden.
- Der Gewerkschaftsapparat war noch nicht so „mächtig“ wie heute. Deshalb wurden die ersten Verhandlungsergebnisse abgelehnt und der Streik gegen den Willen der IGM-Hauptamtlichen fortgesetzt.
- Der große politisch-moralische Rückhalt, den die Streikenden von ihren Familien erfuhren. Obwohl Frauen und Kinder von dem Streik und den Drohungen der Kapitalseite massiv betroffen waren, bestärkten sie die Streikenden und versorgten die Streikposten mit Essen und Getränken. All dies darf nicht vergessen werden, wenn die Chefetagen erneut zum Angriff auf die

Lohnfortzahlung blasen. Dass heute die Gewerkschaftsspitzen dagegen nicht sofort massiv Position beziehen und mobil machen, ist ein Skandal.

Gegen jede Verschlechterung der Lohnfortzahlung muss konsequent betrieblicher, gewerkschaftlicher und gesellschaftlicher Widerstand entwickelt werden.

Die Auseinandersetzung mit der Geschichte kann dazu einen wichtigen Baustein liefern. Hervorragend geeignet ist dazu der Fernseh-Dreiteiler „Die Mutigen 56 – Deutschlands längster Streik“, der in der ARD-Mediathek zu finden ist. Dieser Film lässt Geschichte „lebendig“ und spürbar werden. Unbedingt anschauen! ■



Am 24. Oktober 1956 begann der Metallstreik.

Wir trauern um Rolf Hemminger (1958-2025)

OG KARLSRUHE

Politisiert wurde Rolf in der Bewegung für ein selbstverwaltetes Jugendzentrum in Ispringen, einer kleinen Arbeiterstadt von Pforzheim. Bald wurde er auf uns aufmerksam, vor allem durch bekannte Persönlichkeiten der IV. Internationale wie Ernest Mandel, Jakob Moneta und Winfried Wolf und deren Schriften.

Er war Postbote und Mitglied der damaligen Deutschen Postgewerkschaft (DPG) als er in die GIM eintrat – einer der wenigen Genossen in diesem Bereich.

In den frühen 1980er Jahren studierte er an der gewerkschaftsnahen Hamburger Hochschule für Wirtschaft und Politik (HWP), die Lohnabhängigen auf dem zweiten Bildungsweg ein Studium ermöglichte. Wegen einer auftretenden psychischen Erkrankung konnte er das Studium nicht abschließen und kehrte nach Ispringen zurück.

Jedoch hielt er trotz seiner sich verstärkenden Krankheit immer Kontakt zu uns und besuchte regelmäßig den linken Buchladen und den Neuen ISP Verlag in Karlsruhe, die gemeinsame Räume hatten.

Die Vereinigung der GIM mit der KPD zur VSP konnte er nicht nachvollziehen, ebenso wenig die Spaltung der deutschen Sektion der IV. Internationale in RSB und isl. Erst mit der Gründung der ISO 2016 wurde er wieder Mitglied.

Rolf war nicht nur schwerbehindert, es kam auch noch Parkinson dazu. Trotzdem beteiligte er sich häufig an den Videoveranstaltungen der ISO und nahm 2022 an der Ökosozialistischen Konferenz teil.

Rolf starb am 31. März 2025 unter tragischen Umständen.

Wir trauern nicht nur um einen Genossen, sondern auch um einen liebenswerten Freund. ■

Nach der Grundgesetzänderung – Kanonen statt Butter

R. G.

Die Sondierungsgespräche zwischen CDU, CSU und SPD zur Regierungsbildung sowie die drohende Aufrüstung Deutschlands waren Themen des ISO-Infoabends Ende März 2025.

In seinem hochinformativen Vortrag gelang es unserem Referenten, die verschiedenen Themenbereiche der Sondierungsgespräche auszuleuchten und den Zusammenhang mit der geplanten Aufrüstung Deutschlands aufzuzeigen. [Wir veröffentlichen das Referat in gekürzter Form in der Theorie-Beilage dieser *Avanti*².]

Parlamentarischer Coup und Versagen der Linkspartei

Am 21. März 2025 hat auch der Bundesrat mit großer Mehrheit dem Aussetzen der „Schuldenbremse“ für Rüstungsprojekte und dem „500-Milliarden-Sondervermögen“ für Infrastrukturmaßnahmen zugestimmt.

Während FDP und BSW eine Enthaltung „ihrer“ Bundesländer erreichten, stimmte die Linkspartei zu. Damit hat sie einmal mehr eine Chance vertan, sich als glaubwürdige Opposition zu profilieren.

„GROKO“ für Sozialabbau

Die Sondierungsgespräche von CDU/CSU/SPD machen deutlich, dass für Aufrüstung, Militarisierung und Entlastung der Wirtschaft die breite Masse zahlen soll. Nicht zuletzt mit Kürzungen in den Bereichen Soziales, Gesundheit und Bildung. Darüber hinaus sollen unter anderem das Asylrecht weiter verschlech-

tert, die Arbeitszeiten weiter flexibilisiert und das Bürgergeld durch eine „schärfere“ Regelung ersetzt werden.

Für Abrüstung und Friedensfähigkeit

Angesichts der dramatischen Entwicklung ist es notwendig, Widerstand gegen Aufrüstung und Militarisierung aufzubauen. Das bedeutet unter anderem Widerstand gegen das Regierungspaket, gegen die Stationierung von Mittelstrecken-Raketen und gegen die Wiedereinführung der Wehrpflicht.

Intensive Diskussion

Die Diskussion brachte viele Anregungen. So wurde die weitgehende Zustimmung der Gewerkschaftsvorstände zu den Sondierungsergebnissen scharf kritisiert. Nicht zuletzt wurde die widersprüchliche Haltung der Linkspartei problematisiert, die auch parteiintern zu scharfen Debatten geführt hat.

Kontrovers wurde diskutiert, inwiefern das 500 Milliarden schwere Infrastruktur-Paket wirklich zu Investitionen in Bereichen wie Bildung, Kultur und Infrastruktur führen wird.

Nicht zuletzt wurde die Frage aufgeworfen, wie es gelingen kann, mehr Menschen zu erreichen und zu aktivieren. Einmal mehr ein gelungener Abend, der fundierte Informationen und solidarischen Austausch bot. ■

Ökosozialistische Konferenz vom 20. – 22. Juni 2025 in Köln

Welche Möglichkeiten eröffnet eine ökosozialistische Alternative?



Drei Tage tiefgehende Analysen, Workshops, hitzige Debatten und neue Perspektiven für den Kampf um eine gerechte Welt!

Die Welt steht an einem Wendepunkt: Faschismus, Klimakatastrophe, soziale Ungleichheit und imperialistische Machtspiele bestimmen die globalen Krisen unserer

Zeit. Doch Widerstand formiert sich!

Die Ökosozialistische Konferenz 2025 in Köln bringt Aktivist:innen, Gewerkschafter:innen und Wissenschaftler:innen zusammen, um die zentralen Herausforderungen unserer Zeit zu diskutieren – und Strategien für eine bessere Zukunft zu entwickeln.

Weitere Infos:

www.oekosozialistische-konferenz.de ■



„Widerstand statt ‚Brandmauer‘?“

Ermutigender Austausch bei Kaffee und Marmorkuchen

N. B.

Eine muntere Schar von Aktiven setzte sich am Samstag, den 26. April 2025, bei unserem Frühjahrsseminar mit der wachsenden faschistischen Bedrohung und den Möglichkeiten des Widerstands auseinander.

In einer Aufstellung unserer politischen Tätigkeitsbereiche zeigte sich die Vielfalt der Herausforderungen: Antifaschismus, Antimilitarismus, Antirassismus, Betrieb und Gewerkschaft, Feminismus und nicht zuletzt Klimagerechtigkeit.

Bedrückende Entwicklungen nehmen wir in allen diesen Feldern wahr, so dass die Festlegung einer Rangfolge schwerfiel. Eine Teilnehmerin äußerte sich so: „Die Klimakatastrophe stellt die größte Gefahr dar. Aber ich glaube, der Antifaschismus ist gerade so dringlich, dass wir uns darauf konzentrieren müssen.“

Wiederholt sich Geschichte?

Anhand der Ausgangsfrage „Wiederholt sich Geschichte?“ verglich unser Referent im ersten Vortrag des Seminars die Gegenwart mit der Weimarer Republik im Vorfeld der Nazi-Diktatur. Die Verteidigung der Herrschaft des Großkapitals war und ist für faschistische Parteien damals wie heute zentral.

Auch wenn die konkrete politische Situation jetzt selbstverständlich eine andere ist, zeigen sich doch erschreckend viele Parallelen. In einer Krise des globalen Kapitalismus ging es damals wie heute um die Neuaufteilung der Welt zwischen den imperialen Mächten.

Und wie sind die Reaktionen der bürgerlichen Parteien auf die faschistische Bedrohung? Sie rücken selbst immer weiter nach rechts, um angeblich so den Aufschwung der Rechten zu verhindern. In Wirklichkeit stärken sie deren menschenverachtende Hetze.

In den 1920er und frühen 1930er Jahren gab es noch eine starke Arbeiterbewegung, für die Solidarität nicht nur ein Wort, sondern gelebte Praxis war. Dennoch scheiterte sie letztlich daran, dass KPD und SPD sich gegenseitig bekämpften, anstatt eine Einheitsfront gegen den Faschismus zu bilden.

Bedrückende und stärkende Emotionen

Wie damals passen sich die Gewerkschaftsvorstände auch heute dem für die Existenz ihrer Organisationen bedrohlichen Rechtsruck an, statt ihn konsequent zu bekämpfen.

Eine Teilnehmerin fragte deshalb: „Warum geht es bei den Gewerkschaften immer nur um die Löhne? Warum unterstützen sie kaum soziale Bewegungen?“

Andere Teilnehmer:innen berichteten, wie sie die faschistische Bedrohung immer konkreter spüren, sei es im Betrieb, im öffentlichen Raum oder in Bezug auf die zunehmende Militarisierung. Bei vielen löst das vor allem Wut und Sorge aus.

Es gilt, lähmenden Ohnmachtsgefühlen bewusst entgegenzusteuern. Wie das geht, so ein Teilnehmer, kann man etwa am Beispiel von Genoss:innen lernen, die dem Nazi-Terror in Konzentrationslagern mit starkem Zusammenhalt und mit (grimmi- gem) Humor trotzten.

Gegenwehr oder rechter „Arbeiterpopulismus“?

Aber wie können wir uns heute dem Rechtsruck widersetzen? Unser zweiter Referent ging insbesondere auf die Lage in den Betrieben ein. Kräfte wie die AfD nutzen die jahrzehntelange Entsolidarisierung und Spaltung, um einen „Arbeiterpopulismus“ zu fördern. Die demütigenden Erfahrungen in einem Kapitalismus ohne proletarisches Klassenbewusstsein kann die AfD gezielt für ihren ausgrenzenden Nationalismus ausnutzen.

Die Gewerkschaftsspitzen setzen dieser gefährlichen Entwicklung leider kaum etwas entgegen, wie einige Teilnehmer:innen aus eigenen Erfahrungen berichten konnten.

Selbstorganisation und Solidarität

Was bleibt uns also? Uns selbst zu organisieren, indem wir Selbstverteidigung von unten aufbauen. In solidarischen, praktisch wirksamen Strukturen kann die Unterstützung durch bestehende Organisationen wie Gewerkschaften, Parteien wie die Linke oder Gruppierungen gegen Rechts eingefordert werden.

Ein Beispiel für dieses Vorgehen ist das Komitee gegen Betriebsratsmobbing: Die Dinge selbst in die Hand nehmen und dabei möglichst viele Menschen und Institutionen einbinden.

Auch wenn die Auseinandersetzung mit dem aufhaltbaren Rechtsruck immer wieder bedrückend wirken konnte, schöpften wir durch den Austausch neuen Mut. Das Seminar stärkte unseren Willen, unsere Gegenwehr fortzuführen. Das bedeutet nicht zuletzt, dem zerstörerischen Profitsystem verstärkt den Kampf anzusagen: gemeinsam, solidarisch, international und radikal demokratisch. ■



Demo gegen Rechts in Heidelberg, 15. Februar 2025.

Foto: Privat.

Vor 500 Jahren: Der Deutsche Bauernkrieg (IV)

E. B.

Auf die Erhebung der Bauern hatte die Reformation einen großen Einfluss. Martin Luthers Formulierung, dass ein „Christenmensch [...] niemandem untertan sei“, war einer der Bezugspunkte für die Aufständischen.

Der Prediger Thomas Müntzer (um 1489 – 1525) schloss sich zunächst unter Luthers Einfluss dessen Reformations-Bewegung an.

Müntzers Widerstand richtete sich aber nicht nur gegen die klerikale Obrigkeit, sondern auch gegen die weltliche Feudalherrschaft. Sein sozialrevolutionäres, theologisch begründetes Engagement führte zum Bruch mit Luther.

Dieser hatte zwar noch 1525 das „hochmütige“ Verhalten der Fürsten kritisiert, aber nach der „Weinsberger Bluttat“ vom 17. April desselben Jahres hetzte er gegen die Bauern. In seiner Schrift *Wider die Mordischen und Reubischen Rotten der Bawren* ist zu lesen: „man soll sie zerschmeißen, würgen, stechen, heimlich und öffentlich, wer da kann, wie man einen tollen Hund erschlagen muss.“

Müntzer setzte sich hingegen für die „Gemeinschaft aller Güter, die gleiche Ver-

pflichtung aller zur Arbeit und die Abschaffung aller Obrigkeit“ ein.

Müntzer versuchte gemeinsam mit anderen, seine Ideen einer gerechten Gesellschaft praktisch umzusetzen – zum Beispiel durch die Aufhebung von Privilegien, die Schaffung von Räumen für Obdachlose und die Einrichtung von Armenspeisungen.

An seiner letzten Wirkungsstätte in Mühlhausen/Thüringen war er Pfarrer der Marienkirche. Gleichzeitig betätigte er sich als Agitator und Förderer der Aufstandsbe-
wegung.

Seine Bestrebungen, die verschiedenen Thüringer Bauernhaufen zu vereinigen, scheiterten jedoch an deren Uneinigkeit, an der Spaltungspolitik des Adels und an dessen blutiger Unterdrückung der Aufständischen.

In der entscheidenden Schlacht bei Frankenhausen am 15. Mai 1525 brach die fürstliche Soldateska einen Waffenstill-

stand und konnte so 6.000 überraschte Bauern umbringen. Thomas Müntzer gelang zunächst die Flucht, wurde aber bald danach gefangen genommen und grausam gefoltert.

Am 27. Mai ließen ihn die Sieger öffentlich in Mühlhausen enthaupten, seinen Körper aufspießen und seinen Kopf auf einen Pfahl stecken. ■



Gedenk-Briefmarke, DDR, 1989. Bild: Gemeinfrei.

ISO/IV. Internationale

Wer wir sind und was wir wollen

Die Internationale Sozialistische Organisation (ISO) ist Teil der 1938 gegründeten IV. Internationale. Sie ist in über 50 Ländern aktiv und hält grundlegende Probleme der Welt – Krieg, Umweltzerstörung, Arbeitslosigkeit, Armut und Hunger – im Rahmen der kapitalistischen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung nicht für lösbar. Sie strebt eine selbstverwaltete sozialistische Demokratie an, die die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beendet. Deshalb fördert die ISO alle Bemühungen, aktiv und gemeinsam mit anderen politischen Strömungen für die sozialen Errungenschaften, demokratischen Rechte und wirtschaftlichen Interessen insbesondere der arbeitenden Klasse einzutreten. Sie unterstützt den Kampf gegen Rassismus, Frauenunterdrückung und jede Art von Diskriminierung. Sie setzt sich für den Erhalt der Umwelt ein. Sie fordert die politische, rechtliche und soziale Gleichstellung aller in der Bundesrepublik lebenden Menschen und die völlige Gleichstellung der Geschlechter. Ziel der ISO ist es, das Vertrauen der Menschen in ihre eigene Kraft zur radikalen Veränderung zu stärken. Der Schwerpunkt ihrer Aktivitäten liegt in den außerparlamentarischen Kämpfen. ■

TERMINE (weitere Infos bei der ISO Rhein-Neckar)

- DO, 01.05.2025, 10:00 Uhr, 1. Mai-Demo des DGB, ab Gewerkschaftshaus, MA
- DO, 01.05.2025, 11:00 Uhr, 1. Mai-Kundgebung des DGB, Marktplatz, MA
- DO, 01.05.25, 12:30 Uhr, Protest gegen Nazi-Aufmarsch, Bahnhof, Weinheim
- DO, 01.05.2025, 15:00 Uhr, 1. Mai-Kundgebung des DGB, Waidallee 2-4, Weinheim
- MI, 07.05.25, 19:00 Uhr, „Trump und Lula: Der unvermeidliche Konflikt zwischen den USA und Brasilien“, Gewerkschaftshaus, MA
- MI, 07.05.2025, 19:30 Uhr, Kulturabend zum 80. Jahrestag der Befreiung von Krieg und Faschismus, Cinema Quadrat, K 1, 2, MA
- SAM, 10.05.2025, 14:00 Uhr, Abfahrt zur Spurensuche „500 Jahre Bauernkrieg“, Friedensbüro, Speyerer Str. 14, MA
- DO, 15.05.2025, 15:00 Uhr, Überbetriebliches Solidaritätskomitee, Rhein-Neckar, Gewerkschaftshaus, IGM-Konferenzraum, Hans-Böckler-Str. 1, MA
- SAM, 17.05.2025, 10:30 Uhr, Kongress „Mannheim gegen Rechts – Stabil zusammenstehen!“, MA
- FR, 23.05.2025, 19:00 Uhr, Infoabend der ISO Rhein-Neckar zu aktuellem Thema, MA

Vorschau

- DO, 05.06.2025, 19:30 Uhr, „Vor 500 Jahren: THOMAS MÜNTZER und der ‚Deutsche Bauernkrieg‘“, Musik und Film, Cinema Quadrat, K1, 2, MA
- FR, 20.06.2025 – SO, 22.06.2025, Ökosozialistische Konferenz, Köln



Impressum:
ISO Rhein-Neckar
VfSDP: ISO, 68026 MA

ISO, Postfach 10 26 10, D-68026 Mannheim
Tel./Fax: +49 (0) 621/429 481 54
Email: info@iso-4-rhein-neckar.de

Netz: www.iso-4-rhein-neckar.de
Facebook: www.facebook.com/iso.4.rn
Instagram: www.instagram.com/isorheinneckar

